

AStA der JLU
Otto-Behaghel-Str. 25 D
35394 Gießen

Per AStA-Verteiler.

Allgemeiner Studierendenausschuss

Referat für Hochschulpolitik

Antragssteller: Tristan Stinnesbeck

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behaghel-Straße 25 D
35394 Gießen

Telefon: 0641 99 14800

Fax: 0641 99-14799

E-Mail: @asta-giessen.de

Gießen, 20. Dezember 2022

Eilantrag auf Resolution für ein respektvolles
Miteinander

Liebe Co-Referent*innen,

Antragstext

der AStA trägt die folgende Resolution an das
Studierendenparlament heran und bittet um Beachtung:

Gremientätigkeit und Wertschätzung

Die Gremientätigkeit ist letzten Endes ein Ehrenamt, zu dem sich Studierende bereit erklären mit der Absicht, für ihre Kommiliton:innen das Leben auf dem Campus in einem positiven Sinne zu gestalten. Dieses offen definierte gemeinsame Ziel wird auf unterschiedlichen Wegen verfolgt, die durchaus in einem Konflikt stehen können. Für das Austragen dieses Konflikts ist das Studierendenparlament da. Dabei sollte jedoch nicht das zugrundeliegende Ehrenamt vergessen werden. Das Engagement der Studierenden in der Hochschulpolitik – welches neben Studium und Nebenjob erfolgt – sollte wertgeschätzt werden.

Für funktionierende Gremien und ein Anerkennen demokratischer Werte

Darüber hinaus sollte im Parlamentarismus eine Pflege demokratischer Werte ernst genommen werden. Die Parlamentarier haben gemäß des Hessischen Hochschulgesetzes die Verpflichtung, im Sinne der Studis zu handeln. Dies umfasst unter anderem, die Arbeitsfähigkeit des AStA zu gewährleisten.

Anerkennung struktureller Probleme

Das Studierendenparlament sollte zudem anerkennen, dass es strukturelle Probleme in der Hochschulpolitik durch diskriminierendes (unter anderem rassistisches, sexistisches und klassistisches) Verhalten gibt. Dies artikuliert sich in systematischer Benachteiligung Studierender aus marginalisierten

Gruppen, die sich hochschulpolitisch engagieren (wollen). Das Studierendenparlament sollte sich mit dieser Problematik aktiv beschäftigen und diese Probleme angehen. Zur Bekämpfung von strukturell bedingter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist es etwa sinnvoll, einen Ausschuss für Antidiskriminierung ins Leben zu rufen. Ein solcher könnte ein Konzept zum Umgang mit diskriminierendem und strukturell benachteiligendem Verhalten ausarbeiten, um dem Studierendenparlament künftig mit Awarenesskonzepten und weiteren Mitteln zur Seite zu stehen. Außerdem könnte ein interner Workshop zum besseren Verständnis von struktureller Benachteiligung in Institutionen organisiert werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.